

ASTA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - W I N T E R 2 0 1 7



WALHIL

asta 

30.1.-2.2.



Hrsg. AStA der Universität Frankfurt am Main

V. i. S. d. P. AStA-Vorstand
Valentin Fuchs,
Katharina Kröll
Alexander »Lexi« Knodt

Anschrift Mertonstr. 26-28,
60325 Frankfurt a.M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Redaktion AStA-Zeitungsreferat
Henry Dill
Johannes Fechner
Paul Stephan

eMail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung Dominik Heusel, gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag&Druck

Auflage 49 000

Jahrgang 2017

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des AStA oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Keiner. Geben Sie diese Zeitung jeder
x-beliebigen Person für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Die Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen

Vor ziemlich haargenau 44 Jahren, nämlich im Januar 1973, veröffentlichte Jean-Paul Sartre in seinem Stammorgan *Les temps modernes* einen Artikel mit dem Titel *Wahlen, Idiotenfallen*.¹ Anlass waren die in jenem Jahr anstehenden französischen Parlamentswahlen. In dem Artikel begründet Sartre, warum Wahlen nichts mit wirklicher Demokratie zu tun haben: Der*die Wähler*in agiert nämlich nicht als wirkliches Individuum, das stets in bestimmte soziale Verhältnisse eingebunden ist, die seine Identität von Geburt an formieren, sondern als abstraktes Neutrum, das aus allen konkreten sozialen Beziehungen herausgerissen ist und in Abstraktion von ihnen nun eine Entscheidung fällen soll, deren wirkliche Konsequenzen er oder sie prinzipiell nicht zu durchschauen vermag. Wirkliche Demokratie findet weder in der Wahlkabine noch in der parlamentarischen Debatte statt, sondern in der konkreten Selbstorganisation der sich bewusst als Angehörige bestimmter sozialer Gruppen bestimmte sozial gewordene Interessen verfolgende Bürger*innen. „So schließt sich jeder über seinem Wahlrecht ein wie ein Eigentümer über seinem Besitz, um für vier Jahre seine Herren zu wählen, ohne zu sehen, daß dieses angebliche Wahlrecht nur das Verbot ist, sich mit den anderen zu verbinden, um durch die Praxis die tatsächlichen Probleme zu lösen.“²



Dies gilt nicht nur für die Wahlen von Parlamenten – wie auch denen zum Bundestag, die in diesem Jahr anstehen –, sondern auch für solche wie die zum Studierendenparlament (kurz: Stupa), selbst wenn es hier relativ konkret um die Wahl der Interessenvertretung einer bestimmten sozialen Gruppe geht, den Studierenden der Goethe-Universität. Du wählst nicht als dieser oder jener wirkliche Studierende mit den und den Fächern, dem und dem Geschlecht, der und der Herkunft, der auf dieser Grundlage diese oder jene Interessen entwickelt hat, sondern als „der Studierende der Goethe-Uni schlechthin“ – der im Grunde keine Interessen hat. Und selbst wenn Du bei der Wahl von deinen wirklichen Interessen ausgehen würdest, stellten sie ein denkbar ungeeignetes Mittel zu ihrer „Vertretung“ dar: Es mag entweder sein, dass die Liste, bei der Du dein Kreuzchen machst, überhaupt nicht ins Studierendenparlament einzieht, weil sich zu wenige deiner Wahl anschließen; deine Stimme wäre dann „verschenkt“, wie es so schön heißt. Gleichzeitig kann es sogar sein, dass Du mit ihr gerade der gegnerischen Liste zum Sieg verhilfst, wenn deine Wahl taktisch unklug ist; wenn Du etwa eine in der Mitte zwischen den beiden Machtblöcken stehende Liste wählst, die dann plötzlich mit der aus deiner Sicht falschen Seite koalitiert. Doch wie soll deine Wahl taktisch klug sein können, wenn es keinerlei Möglichkeit der Absprache zwischen den Wähler*innen gibt und geben soll?

Generell bist Du letztendlich blind darauf angewiesen, dass die von dir gewählte Liste dann auch macht, was sie sagt. Was ist etwa, wenn alle ihre Forderungen nach der Wahl erfüllt werden, ausgerechnet diejenige, wegen der Du sie gewählt hast, jedoch nicht? Oder ganz neue Probleme auftreten, zu der zum Zeitpunkt der Wahl noch gar keine Versprechen hätten gemacht werden können? Alles was Du als enttäuschte*r Wähler*in machen kannst, ist, beim nächsten Mal jemand anderen zu wählen – in der Hoffnung, dass der*die dann endlich alles anders machen wird. Doch wie sollte er*sie es im Rahmen der bestehenden verselbständigten Bürokratieapparate auch gänzlich anders machen können? Und wieso soll er*sie ausgerechnet auf deine Wünsche Rücksicht nehmen und nicht auf diejenigen der Tausenden anderen, die ihn*sie gewählt haben?

Wer wirklich etwas ändern will, kommt an dem wirklichen Engagement in der Hochschulpolitik nicht vorbei. Die Gewerkschaft „unter_bau“ zum Beispiel hat etwa ein neues Konzept basisdemokratischer nicht-hierarchischer Organisation vorgelegt. Es geht dabei nicht nur darum, das Entstehen verselbständiger Apparate zu verhindern, sondern auch, eine Interessenvertretung zu schaffen, in der sich *alle* Statusgruppen der Universität gemeinsam organisieren können, nicht nur die Studierenden. Bei den Stupa-Wahlen sind hingegen – entsprechend der allgemeinen Logik repräsentativer Demokratie – alle Nicht-Studierenden von vorneherein außen vor, obwohl sie von den Entscheidungen des AstA ebenso betroffen sein mögen wie diese.

1789 ist das Zensuswahlrecht eingeführt worden: damit ließ man nicht die Menschen, sondern die realen, bürgerlichen Eigentümer wählen, die ihre Stimme nur sich selbst geben konnten. Dieses System war zutiefst ungerecht, da die Mehrheit der französischen Bevölkerung aus der Wählerschaft ausgeschlossen wurde, es war aber nicht absurd.

Egal, wie man sich nun *diesem* Experiment basisdemokratischer Organisation verhalten mag – wichtig ist zu verstehen, dass wirkliche Politik nicht an der Urne anfängt, sondern an dieser *aufhört*. Wir wollen damit keinesfalls zum Boykott der Stupa-Wahlen aufrufen. Diese sind so sinnlos und sinnvoll wie alle anderen Wahlen auch. Dem Schluss Sartres schließen wir uns daher an:

„Wählen, nicht wählen, das ist einerlei. Sich zu enthalten bedeutet in der Tat, die neue Mehrheit, welche sie auch sei, zu bestätigen. Was man auch hierzu tut, nichts wird man getan haben, wenn man nicht gleichzeitig, also von heute an, das System der indirekten Demokratie bekämpft, das uns vorsätzlich zur Ohnmacht verdammt, und jeder nach seinen Möglichkeiten die breite antihierarchische Bewegung zu organisieren versucht, die die Institutionen in Frage stellt.“³

Um den Gedankengang Sartres in seiner Komplexität verständlich zu machen, zitieren wir ihn im Folgenden ausführlich:

„1789 ist das Zensuswahlrecht eingeführt worden: damit ließ man nicht die Menschen, sondern die realen, bürgerlichen Eigentümer wählen, die ihre Stimme nur sich selbst geben konnten. Dieses System war zutiefst ungerecht, da die Mehrheit der französischen Bevölkerung aus der Wählerschaft ausgeschlossen wurde, es war aber nicht absurd. Sicher, die Wähler stimmten einzeln und geheim ab: damit trennte man sie voneinander und ließ nur Beziehungen der Exteriorität [der Äußerlichkeit; Anm. d. Red.] zwischen ihren Stimmabgaben zu. Diese Wähler waren jedoch alle Besitzende, also bereits durch ihr Eigentum vereinzelt, das sich über ihnen wieder schloß und die Dinge und Menschen mit ihrer ganzen materiellen Undurchdringlichkeit zurückstieß. Die Stimmzettel, diskrete Quantitäten, waren lediglich Ausdruck der Trennung der Wählenden, und man hoffte, über die Addition der Stimmen das gemeinsame Interesse der Mehrheit, das heißt ihr Klasseninteresse, zur Geltung zu bringen. Zur selben Zeit nahm die Konstituante⁴ das Le-Chapelier-Gesetz an, dessen erklärtes



Ziel die Abschaffung der Korporationen⁵ war, das aber darüber hinaus darauf abzielte, jede Vereinigung von Arbeitern untereinander und gegen ihre Arbeitgeber zu verbieten. Somit sahen sich die Nichtbesitzenden, die passiven Bürger, die keinerlei Zugang zur indirekten Demokratie, also zum Wahlrecht hatten, dessen sich die Reichen bedienten, um ihre Regierung zu wählen, zu allem Überfluß auch noch daran gehindert, sich zusammenzutun und die Demokratie des Volkes oder die direkte Demokratie auszuüben, die einzige, die ihnen angemessen war, da sie schlecht durch ihre Güter getrennt sein konnten.

Als der Konvent vier Jahre später das Zensuswahlrecht durch das allgemeine Wahlrecht ersetzte, hielt er es dennoch nicht für angebracht, das Le-Chapelier-Gesetz außer Kraft zu setzen, so daß die endgültig um die direkte Demokratie gebrachten Arbeiter als Eigentümer zu wählen hatten, obwohl sie nichts besaßen. Die zwar verbotenen, doch häufigen Zusammenschlüsse von Arbeitern waren illegal und blieben legitim. Den durch das allgemeine Wahlrecht zustande gekommenen Nationalversammlungen haben sich also 1794, dann 1848 unter der Zweiten Republik, schließlich 1870 zu Beginn der Dritten Republik spontane, aber zuweilen ziemlich umfangreiche Zusammenschlüsse entgegengestellt, die man eben die unteren Volksschichten oder das Volk nannte. Besonders 1848 schien sich der Abgeordnetenkammer, nach der Zurückeroberung des allgemeinen Wahlrechts gewählt, eine Arbeitermacht entgegenzustellen, die sich auf der Straße und in den Nationalwerkstätten herausgebildet hatte. Der Ausgang ist bekannt: im Mai / Juni 1848 massakriert die Legalität die Legitimität. Gegenüber der legitimen Pariser Kommune brauchte die sehr legale, nach Versailles transferierte Abgeordnetenversammlung von Bordeaux nur das Beispiel nachzuahmen. Ende des vergangenen Jahrhunderts und Anfang des unsrigen schienen sich die Sachen zu ändern: den Arbeitern wurde das Streikrecht zugestanden, die gewerkschaftlichen Organisationen wurden geduldet. Jedoch ertrugen die Vorsitzenden des Staatsrats, Chefs der Legalität, die periodischen Ausbrüche der Staatsmacht nicht. Clémenceau⁶ ganz besonders zeichnete sich als Streikbrecher aus. Alle lehnten, von der Angst vor den beiden Mächten besessen, die Koexistenz der hier und da aus der realen Einheit der Kräfte des Volkes entstandenen legitimen Macht und der angeblich einen und alleinigen Macht ab, die sie ausübten und die letztlich auf der unendlichen Zersplitterung der Wählenden beruhte. Im Grunde hätten sie in einen Widerspruch geraten müssen, der allein durch den Bürgerkrieg hätte gelöst werden können, da die eine zur Funktion hatte, die andere zu entwaffnen.

Wenn wir morgen wählen gehen, werden wir ein weiteres Mal die legale Macht an die Stelle der legitimen Macht setzen. Die erste, präzise, von scheinbar vollkommener Klarheit, atomisiert die Wählenden im Namen des allgemeinen Wahlrechts. Die andere ist erst im Ansatz vorhanden, diffus, sich selbst noch unklar: zur Zeit bildet sie mit der breiten antihierarchischen und libertären Bewegung, die man überall antrifft, die aber noch nicht

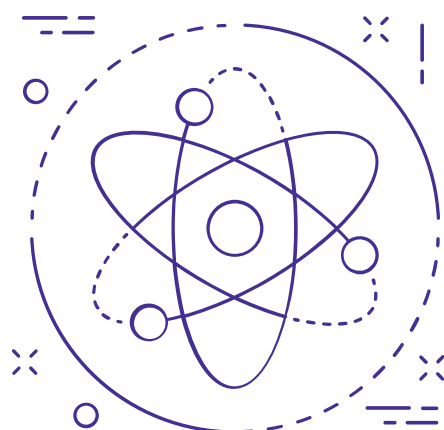
Wollen wir gegen die Atomisierung kämpfen, müssen wir sie zunächst begreifen.

organisiert ist, ein Ganzes. Alle Wähler gehören den unterschiedlichsten Gruppierungen an. Die Urne erwartet sie aber nicht als Mitglied der Gruppe, sondern als *Bürger*. Die in einem Schul- oder Rathausraum aufgestellte Wahlkabine symbolisiert jeden Verrat, den das Individuum gegenüber den Gruppen, deren Mitglied er ist, begehen kann. Sie sagt jedem: ‚Niemand sieht dich, du bist allein dir selbst verantwortlich; du wirst in der Isoliertheit entscheiden, und anschließend kannst du deine Entscheidung verheimlichen oder lügen.‘ Mehr ist nicht nötig, um alle Wähler, die den Raum betreten, in potentielle gegenseitige Verräter zu verwandeln. Das Mißtrauen vergrößert die Entfernung, die sie trennt. Wollen wir gegen die Atomisierung kämpfen, müssen wir sie zunächst begreifen.

Die Menschen werden nicht in der Getrenntheit geboren: sie wachsen innerhalb einer Familie auf, die sie in ihren ersten Jahren *macht*. In der Folge werden die unterschiedlichen sozialen und beruflichen Gemeinschaften angehören und selbst eine Familie gründen. Sie werden atomisiert, sobald gesellschaftliche Kräfte – die Arbeitsbedingungen im kapitalistischen Regime, das Privateigentum, die Institutionen etc. – auf die Gruppen einwirken, denen sie angehören, um sie zu zerstückeln und auf die Einheiten reduzieren, aus denen sie bestehen sollen. Die Armee, um nur ein Beispiel einer Institutionen anzugeben, berücksichtigt nie die konkrete Person des Einberufenen, die nur auf der Grundlage seiner Zugehörigkeit zu vorhandenen Gruppen erfaßbar ist. Sie zieht bei ihm nur den *Menschen* in Betracht, das heißt den Soldaten, eine abstrakte Wesenheit, die sich durch die Pflichten und die wenigen Rechte definiert, die ihr Verhältnis zur Militärmacht darstellen. Dieser ‚Soldat‘, der der Einberufene gerade nicht ist, auf den ihn aber der Militärdienst zu reduzieren sucht, ist in sich *anders* als er selbst und bei allen Eingezogenen desselben Jahrgangs *identisch* anders. Genau diese Identität trennt sie, da sie für jeden nur das vorgegebene Ensemble seiner Beziehungen zur Armee darstellt. In den Dienststunden ist somit jeder ein anderer als er selbst und darin allen anderen gleich, die andere sind als

sie selbst. Reale Beziehungen zu seinen Kameraden kann er nur dann haben, wenn sie während der Mahlzeiten oder abends in der Stube alle zusammen ihr Soldaten-Sein ablegen. Indessen gibt der so häufig verwendete Begriff der Atomisierung die tatsächliche Situation der durch die Institutionen vereinzelt und entfremdeten Menschen nicht wieder. Man kann sie nicht auf die absolute Einsamkeit des Atoms reduzieren, auch wenn man versucht, ihre konkreten Beziehungen zu Personen durch schlichte Bindungen der Exteriorität zu ersetzen. Sie können nicht aus jeglichem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden: der Soldat nimmt den Bus, kauft die Zeitung, er geht wählen. Das bedeutet, daß er mit den anderen von ‚Kollektiven‘ Gebrauch macht. Nur wenden sich die Kollektive an ihn als ein Mitglied einer Serie (die der Zeitungsverkäufer, der Fernsehzuschauer etc.). Im Wesen wird er allen anderen Mitgliedern identisch und unterscheidet sich von ihnen nur durch seine laufende Nummer. Wir sagen, er ist serialisiert. Die Serialisierung der Aktion findet man im praktisch-inerten⁷ Feld wieder, wo die Materie in dem Maße zur Vermittlung zwischen den Menschen wird, in dem die Menschen sich zur Vermittlung zwischen den materiellen Gegenständen machen (sobald ein Menschen sich ans Lenkrad seines Wagens setzt, ist er nur noch ein Fahrer unter anderen Fahrern, wodurch er dazu beiträgt, die Geschwindigkeit aller und seine eigene herabzusetzen, was das Gegenteil dessen ist, was er wünschte, als er selbst einen Wagen besitzen wollte).

Davon ausgehend entsteht in mir das serielle Denken, das nicht mein eigenes Denken ist, sondern das des anderen, der ich bin, und das aller anderen; man muß es das Denken der Ohnmacht nennen, denn ich erzeuge es, insofern ich der andere bin, Feind meiner selbst und der anderen, und ich diesen anderen überall mit mir nehme. Stellen wir uns einen Betrieb vor, in dem seit zwanzig oder dreißig Jahren nicht ein einziger Streik ausgerufen worden ist, in dem aber die Kaufkraft des Arbeiters aufgrund des ‚teuren Lebens‘ konstant sinkt. Jeder Arbeiter zieht zunächst Forderungen in Betracht. Die zwanzig Jahre ‚sozialen Friedens‘ jedoch haben zwischen den Arbeitern allmählich Beziehungen der Serialität eingeführt. Jeder Streik – selbst ein eintägiger – würde einen Zusammenschluß der Arbeiter erfordern. An diesem Punkt sträubt sich das serielle Denken – das trennt – heftig gegen die ersten Äußerungen des Denkens als Gruppe. Es wird rassistisch (die Immigrierten würden uns nicht folgen), frauenfeindlich (die Frauen würden uns nicht verstehen), feindselig gegenüber anderen gesellschaftlichen Kategorien (die Kleinhändler werden uns ebensowenig unterstützen wie die Bauern im Umland), mißtrauisch (mein Nachbar ist ein *anderer*, daher kann ich nicht wissen, wie er reagieren würde) etc. All diese separatistischen Urteile stellen nicht das Denken der Arbeiter selber dar, sondern das der *anderen*, die sie sind und die ihren Status von Identität und Getrenntheit erhalten. Kommt der Zusammenschluß zustande, verschwindet jede Spur dieser pessimistischen Ideologie. Sie hatte keine andere Funktion als zu rechtfertigen, daß die serielle Ordnung und die teils zugefügte, teils hingegenommene Ohnmacht aufrechterhalten werden.



Das allgemeine Wahlrecht ist eine Institution, also ein Kollektiv, das die konkreten Menschen atomisiert und serialisiert und sich an abstrakte Wesenheiten in ihnen wendet, die Bürger, die durch ein Ensemble von Rechten und politischen Pflichten, also durch ihr Verhältnis zum Staat und seine Institutionen definiert sind. Der Staat macht sie zu Bürgern, indem er ihnen beispielsweise das Recht gibt, alle vier Jahre einmal zu wählen, vorausgesetzt, sie erfüllen sehr allgemeine Bedingungen – Franzose zu sein, einundzwanzig Jahre zu sein –, die niemanden von ihnen wirklich charakterisieren. So gesehen sind alle Bürger, ob sie in Perpignan oder Lille geboren sind, vollkommen identisch, wie wir es bei den Soldaten in der Armee gesehen haben: man interessiert sich nicht für ihre konkreten Probleme, die in ihren Familien oder ihren sozialen und beruflichen Zusammenhängen entstehen. Vor ihren abstrakten Einsamkeiten und Getrenntheiten stellen sich Gruppen oder Parteien auf, die ihre Stimme begehren. Man erklärt ihnen, sie delegierten die Macht an eine oder mehrere dieser politischen Gruppierungen. Doch um ‚ihre Autorität delegieren‘ zu können, müßte die durch die Institution der Wahl konstituierte Serie wenigstens ein Quentchen davon besitzen. Hilflos, vom Mißtrauen eines jeden gegen einen jeden getrennt, getäuscht, aber ihrer Ohnmacht bewußt, können diese identischen, vom Gesetz erschaffenen Bürger aber, solange sie den Status einer Serie haben, keinesfalls jene souveräne Gruppe bilden, von der, wie man uns sagt, alle Macht ausgeht: das Volk. Im Bewußtsein der Tatsache, daß man ihnen das allgemeine Wahlrecht aufgenötigt hat, um sie, wie wir gesehen haben, zu atomisieren und daran zu hindern, sich zusammenzuschließen. Allein die Parteien können behaupten, einen Ansatz von Macht zu besitzen, da sie ursprünglich – im übrigen unterschiedlich serialisierte und bürokratisierte – Gruppen sind. In diesem Sinne müßte man die klassische Formel umkehren und, wenn eine Partei ‚Wählt mich!‘ sagt, nicht darunter verstehen, daß die Wähler ihre Souveränität an sie delegieren, sondern daß die Abstimmenden, weil sie es ablehnen, sich zu einer Gruppe zu verbinden, um zur Souveränität zu gelangen, eine oder mehrere der bereits konstituierten politischen Gemeinschaften damit beauftragen, die Macht, die sie bereits besitzen, national auszuweiten. Keine Partei kann die Serie der Bürger vertreten, denn die Macht bezieht sich auf sich selbst, das heißt auf ihrer gemeinschaftlichen Struktur; die Serie der Machtlosigkeit kann ihr in keinem Fall ein Quentchen Autorität delegieren. Umgekehrt bedient sich allerdings die Partei, welche es auch sei, ihre Autorität, um auf die Serie einzuwirken, wenn sie von ihr verlangt, für sie abzustimmen; und ihre Autorität über die serialisierten Bürger wird allein durch jene begrenzt, die alle anderen Parteien zusammen haben. Kurz, wenn ich wähle, gebe ich meine Macht preis – das heißt die Möglichkeit, die jeder hat, mit allen anderen eine souveräne Gruppe zu bilden, die keinerlei Vertreter braucht – und behaupte, daß wir, die Wählenden, immer andere als wir selber sind und daß keiner von uns jemals die Serialität zugunsten der Gruppe verlassen kann, es sei denn durch Mittelspersonen. Wählen heißt für den serialisierten Bürger zweifellos, einer Partei seine Stimme zu geben, vor allem aber ist es ein Wählen der Wahl wegen

[...], das heißt der politischen Institution wegen, die uns im Zustand der seriellen Ohnmacht hält. Das hat man im Juni 1968 erlebt, als de Gaulle das aufrecht stehende, zusammengeschlossene Frankreich aufgefordert hat, zu wählen, das heißt, sich hinzulegen und in der Serialität zu wälzen. Die nicht institutionellen Gruppen hegten Argwohn, die identischen, vereinzelt Wähler wählten die UDR⁸, die sie gegen die Aktion derselben Gruppen zu verteidigen versprach, die sie noch wenige Tage zuvor konstituierten. Das erlebt man auch heute, wenn Séguy⁹ drei Monate sozialen Frieden verlangt, um die Wähler nicht zu beunruhigen, in Wahrheit aber, damit die Wahlen *möglich* sind, was sie nicht mehr wären, wenn fünfzehn Millionen entschlossene Streikende, die aus der Erfahrung von 1968 gelernt haben, die Wahl ablehnen und zur direkten Aktion übergehen würden. Der Wähler soll weiter liegen bleiben und sich von seiner Ohnmacht durchdringen lassen; dann wählt er auch Parteien, damit sie ihre Autorität und nicht seine ausüben. So schließt sich jeder über seinem Wahlrecht ein wie ein Eigentümer über seinem Besitz, um für vier Jahre seine Herren zu wählen, ohne zu sehen, daß dieses angebliche Wahlrecht nur das Verbot ist, sich mit den anderen zu verbinden, um durch die *Praxis* die tatsächlichen Probleme zu lösen. Der Wahlmodus, über den stets die Gruppen der Nationalversammlung, nie die Wähler entscheiden, verschlimmert den Sachverhalt. Das Verhältniswahlrecht würde die Wählenden nicht der Serialität entreißen; immerhin würde es von *allen* Stimmen Gebrauch machen. Die Nationalversammlung ergäbe ein korrektes Bild des politischen, das heißt des serialisierten Frankreich, da die Parteien entsprechend ihrem jeweils erreichten Stimmenanteil vertreten wären. Unser Listenwahlrecht hingegen stützt sich auf das entgegengesetzte Prinzip, das, wie ein Journalist sehr richtig sagte, lautet: 49% = 0. Erhalten die Kandidaten der UDR in einem Wahlkreis beim zweiten Wahlgang 50 Prozent der Stimmen, sind sie gewählt. Die 49 Prozent der Opposition verschwinden im Nichts: grob gerechnet entsprechen sie der Hälfte der Bevölkerung, die nicht das Recht hat, vertreten zu werden.

Stellen wir uns bei diesem System einen Wähler vor, der 1968 für die Kommunisten gestimmt hat und dessen Kandidaten nicht gewählt

Ein Wähler der
Mehrheit ist
vier KP-Wähler
wert.

49% = 0



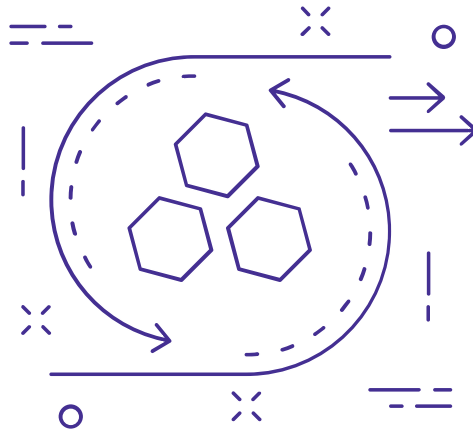
worden sind. Nehmen wir an, er wird 1973 dieselbe KP wählen. Sollten sich die Ergebnisse von denen 1968 nicht unterscheiden, wird es nicht von ihm abhängen, da er in beiden Fällen denselben Kandidaten seine Stimme gegeben hat. Damit seine Stimmabgabe von Nutzen ist, muß sich eine bestimmte Zahl von Wählern, die 1968 für die heutige Mehrheit stimmten, aus Verdruß von ihr abwenden und ein linkeres Votum beabsichtigen. Aber zunächst ist es nicht die Sache unseres Wählers, sie zu einer Entscheidung zu bewegen; außerdem sind sie vermutlich aus einem anderen Milieu, und er kennt sie nicht einmal. Alles wird anderswo und anders entschieden: von der Propaganda der Parteien, von bestimmten Presseorganen. Der Wähler der KP hat seinerseits nur zu wählen, das ist das einzige, was man von ihm verlangt: er wird wählen, sich aber nicht an den Aktionen beteiligen, die danach trachten, den Sinn seiner Stimmabgabe zu modifizieren. Im übrigen stehen viele, deren Meinung man vielleicht ändern können, der UDR zwar feindselig gegenüber, sind aber abgründige Antikommunisten: sie werden es vorziehen, ‚Reformer‘¹⁰ zu wählen, die damit zu Schiedsrichtern der Situation werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie sich dann dem Block PS¹¹-KP anschließen; also werden sie für die UDR, die wie sie das kapitalistische Regime erhalten will, eine zusätzliche Stütze sein. Das Bündnis von UDR und Reformern: das ist der objektive Sinn der Stimmabgabe des kommunistischen Wählers: sie ist in der Tat notwendig, damit die KP ihren Anteil an Stimmen behält und sogar zusätzliche gewinnt, und dieser Stimmenzuwachs wird die Zahl der Abgeordneten der Mehrheit senken und sie dazu bewegen, sich den Reformern in die Arme zu werfen. Dazu ist nichts zu sagen, wenn man die Regeln dieses Idiotenspiels akzeptiert. Doch insofern unser Wähler er selbst ist, das heißt ein konkreter Mensch, wird ihn das Ergebnis, das er als identischer anderer erreicht, keineswegs zufriedenstellen. Seine Klasseninteressen und seine individuellen Entscheidungen stimmten überein, um ihn eine linke Mehrheit wählen zu lassen. Er wird dazu beigetragen haben, eine Mehrheit der Rechten und des Zentrums in die Nationalversammlung geschickt

zu haben, in der die UDR weiterhin die bedeutendste Partei sein wird. Der Wahlschein, den dieser Mann also in die Urne stecken wird, wird von den anderen eine andere Bedeutung erhalten als jene, die er ihm geben wollte: hier treffen wir wieder auf die serielle Aktion, die wir im praktisch-inerten Feld vorgefunden hatten. Man geht noch weiter: da ich beim Wählen meine institutionalisierte Ohnmacht behaupte, scheut sich die amtierende Mehrheit nicht, die Wählerschaft zurechtzuschneiden, zu stützen und zu manipulieren, bevorzugt werden die Landstriche und Städte, die ‚gut abstimmen‘, zum Nachsehen der Vororte und Vorstädte, die ‚schlecht abstimmen‘. So daß selbst die Serialität der Wählerschaft verändert wird. Wäre sie vollkommen, würde eine Stimme die andere wert sein. Davon sind wir weit entfernt: um einen kommunistischen Abgeordneten zu wählen, werden hundertzwanzigtausende Stimmen benötigt, dafür dreißigtausend, um einen UDPLer ins Parlament zu bringen. Ein Wähler der Mehrheit ist vier KP-Wähler wert. Schließlich stimmt er gegen das, was man eine Supermehrheit nennen muß, das heißt gegen eine Mehrheit, die sich durch andere Mittel als die reine Serialität von Stimmen erhalten will.

Weshalb soll ich wählen? Weil man mich davon überzeugt hat, daß die einzige politische Handlung meines Lebens darin besteht, einmal alle vier Jahre meine Stimme zur Urne zu bringen? Das ist aber das Gegenteil meiner Handlung. Ich tue nichts, als meine Ohnmacht zu offenbaren und der Macht der Partei zu gehorchen. Darüber hinaus verfüge ich über eine Stimme von variablem Wert, je nachdem, welcher ich gehorche. Aus diesem Grund wird die Mehrheit der künftigen Nationalversammlung allein auf einer Koalition beruhen, und die Entscheidungen, die sie treffen wird, werden Kompromisse sein, die die Wünsche, die meine Stimmabgabe äußerte, keineswegs widerspiegeln werden. 1959 hat die Mehrheit für Guy Mollet gestimmt, weil er behauptete, schnellstmöglich den Frieden für Algerien herbeizuführen. Die sozialistische Regierung, die an die Macht kam, beschloß, den Krieg zu verstärken; was zahlreiche Wähler dazu führte, von der Serie, die nie weiß, wofür und für wen sie wählt, zur Untergrundgruppe überzugehen. Das hätten sie zwar viel eher tun müssen, doch eigentlich war es das unwahrscheinliche Ergebnis ihrer Stimmabgabe, das die Ohnmacht des allgemeinen Wahlrechts offenlegte.

In Wirklichkeit ist bei näherer Überlegung alles klar, und man kommt zur Schlußfolgerung, daß die indirekte Demokratie eine Mystifizierung ist. Es wird behauptet, das gewählte Parlament spiegele die öffentliche Meinung am besten wider. Eine öffentliche Meinung ist jedoch immer nur seriell. Die Blödsinnigkeit der Massenmedien, die Regierungserklärungen, die parteiische oder verstümmelte Weise, in der die Zeitungen die Ereignisse berichten, das alles sucht uns in unserer seriellen Einsamkeit auf und belädt uns mit Ideen aus Stein, die sich daraus zusammensetzen, was wir denken, daß die anderen es denken werden. Zweifellos gibt es im Grunde unserer selbst Ansprüche und Proteste, doch mangels einer Bestätigung durch die anderen zerschellen sie und hinterlassen uns ‚blaue Flecken an der Seele‘ und ein Gefühl der





Frustration. So habe ich, ich anderer, wenn man uns zur Wahl ruft, den Kopf vollgepropft mit versteinerten Ideen, die die Presse und das Fernsehen darin aufgetürmt haben, und es sind diese seriellen Ideen, die sich in meiner Stimmabgabe äußern, aber es sind nicht *meine* Ideen. Der gesamte Komplex der Institutionen der bürgerlichen Demokratie spaltet mich: es gibt mich und all die anderen, die ich sein soll (Franzose, Soldat, Arbeiter, Steuerzahler, Bürger etc.). Diese Spaltung lässt uns das Leben, was die Psychiater eine permanente Identitätskrise nennen. Wer bin ich eigentlich? Ein anderer, der allen anderen identisch ist und von jenen Gedanken der Ohnmacht bewohnt wird, die überall entstehen und nirgendwo *gedacht* werden, oder ich selbst? Und wer wählt? Ich finde mich da nicht mehr zurecht.

Dennoch gibt es Leute, die sagen, daß sie wählen werden, ‚um die Lumpen zu wechseln‘, was bedeutet, daß in ihren Augen der Sturz der UDR-Mehrheit absolute Priorität hat. Und ich gebe zu, daß es schön wäre, diese anrühigen Politiker hinauszuerwerfen. Hat man darüber nachgedacht, daß man, um sie zu stürzen, eine andere Mehrheit an ihre Stelle setzen muß, die an denselben Prinzipien festhält?

UDR, Reformer und KP-PS konkurrieren miteinander: diese Parteien nehmen auf einer gemeinsamen Ebene Platz, die die indirekte Vertretung, ihre hierarchische Macht und die Ohnmacht der Bürger, kurz das ‚bürgerliche System‘ ist. Daß die KP, die vorgibt, revolutionär zu sein, seit der friedlichen Koexistenz so weit heruntergekommen ist, daß sie bürgerlich um die Macht bittet und die Institutionen des allgemeinen Wahlrechts akzeptiert, müßte doch zu denken geben. Sie wetteifern, wer die Bürger am besten einlullen kann: die UDR redet von Ordnung, von sozialem Frieden, die KP versucht ihr revolutionäres Markenzeichen in Vergessenheit geraten zu lassen. Mit beflissener Hilfe der Sozialisten gelingt ihr das in letzter Zeit so gut, daß sie, könnte sie dank unserer Stimmen die Macht ergreifen, *sine die*¹² die Revolution verschieben und die stabilste aller Wahlparteien werden würde. Ist ein Wechsel wirklich so vorteilhaft? So oder so wird man die Revolution in den Urnen ertränken, was nicht verwunderlich ist, da sie so oder so nicht dazu *gedacht* sind.

Einige wiederum möchten machiavellistisch sein, das heißt sich ihrer Wahlstimme bedienen, um ein nicht serielles Ergebnis zu erzielen. Indem sie, falls sie können, eine Mehrheit von KP und PS in die neue Nationalversammlung schicken, hoffen sie, Pompidou dazu zu zwingen, die Maske abzulegen, also die Abgeordnetenkammer aufzulösen, mit anderen Worten zum aktiven Kampf, Klasse gegen Klasse oder Gruppe gegen Gruppe, vielleicht zum Bürgerkrieg zu nötigen. Welch seltsamer Gedanke, uns entsprechend den Wünschen des Feindes zu serialisieren, damit er gewaltsam reagiert und uns zum Zusammenschluss zwingt. Das ist ein Irrtum. Um machiavellistisch sein zu können, muß man von sicheren Vorgaben ausgehen, deren Auswirkungen man voraussehen kann. Das ist nicht der Fall: man kann die Ergebnisse einer serialisierten Wahl nicht sicher voraussagen; voraussehbar ist, daß die UDR Sitze verlieren und KP-PS und Reformatoren welche gewinnen werden; der Rest ist nicht wahrscheinlich genug, um davon ausgehend eine Taktik zu definieren. Nur ein Hinweis:

France-Soir veröffentlichte am 4. Dezember eine Umfrage der IFOP mit 45 Prozent für KP-PS, 40 Prozent für die UDR, 15 Prozent für die Reformer. Und diese seltsame Feststellung: es gibt weit mehr Stimmen für KP-PS als Menschen, die überzeugt sind, daß diese Koalition gewinnen wird. Also werden – diese ganzen Unwägbarkeiten einer Umfrage in Rechnung gestellt – viele ihre Stimmen der Linken geben in der Gewißheit, daß sie nicht die Mehrheit erhalten wird: wieder diese Menschen, für die die Beseitigung der UDR prioritär ist, die aber keine große Lust haben, sie durch die Linke zu ersetzen. Aus diesen Bemerkungen heraus halte ich heute, am 5. Januar 1973, eine Mehrheit von UDR und Reformern für wahrscheinlich. In diesem Fall wird Pompidou¹³ die Nationalversammlung nicht auflösen: die Mehrheit wird sich etwas lockern, es wird weniger Skandale geben, das heißt, man wird sich darum bemühen, daß sie weniger leicht enthüllt werden können, J.-J. S.-S.¹⁴ und Lecanuet werden in die Regierung eintreten. Das ist alles. Der Machiavellismus wird sich gegen die kleinen Machiavellis wenden.

Wenn sie zur direkten Demokratie zurückwollen, derjenigen, des Volkes im Kampf gegen das System, derjenigen der konkreten Menschen gegen die Serialisierung, die sie in Sachen verwandelt, warum nicht damit anfangen? Wählen, nicht wählen, das ist einerlei. Sich zu enthalten bedeutet in der Tat, die neue Mehrheit, welche sie auch sei, zu bestätigen. Was man auch hierzu tut, nichts wird man getan haben, wenn man nicht gleichzeitig, also von heute an, das System der indirekten Demokratie bekämpft, das uns vorsätzlich zur Ohnmacht verdammt, und jeder nach seinen Möglichkeiten die breite antihierarchische Bewegung zu organisieren versucht, die die Institutionen in Frage stellt.¹⁵

Wir wünschen euch eine interessante Lektüre der Selbstdarstellungen der Hochschulgruppen.

Die Redaktion.

(...) die Mehrheit wird sich etwas lockern, es wird weniger Skandale geben, das heißt, man wird sich darum bemühen, daß sie weniger leicht enthüllt werden können (...)

- 1 Auf Deutsch erschienen in Jean-Paul Sartre: Plädoyer für den Intellektuellen. Interviews, Artikel, Reden 1950–1973. Reinbek bei Hamburg 1995, S. 480–490.
- 2 Ebd., S. 485.
- 3 Ebd., S. 490.
- 4 Verfassungsgebende Nationalversammlung während der französischen Revolution. (Anm. d. Red.)
- 5 Gemeint sind hier mit „Korporationen“ die alten, aus dem Mittelalter her stammenden Zünfte und Gilden. (Anm. d. Red.)
- 6 Georges Clemenceau (1841–1929), linksbürgerlicher Staatspräsident Frankreichs 1906–1909 und 1917–1920. (Anm. d. Red.)
- 7 ‚Inert‘ bedeutet so viel wie ‚träge‘. (Anm. d. Red.)
- 8 Union des Démocrates pour la Ve République; die Partei der konservativen Gaullisten. (Anm. d. Red.)
- 9 Georges Séguy (1927–2016), 1967–1982 Generalsekretär des der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) nahestehenden Confédération générale du travail (CGT). (Anm. d. Red.)
- 10 Gemeint ist die Mouvement réformateur, eine zentristische französische Partei. (Anm. d. Red.)
- 11 Parti socialiste, die sozialistische Partei Frankreichs. (Anm. d. Red.)
- 12 Lateinisch, wörtlich ‚ohne Tag‘, also ohne weiteren Aufschub, unverzüglich. (Anm. d. Red.)
- 13 Georges Pompidou (1911–1974), gaullistischer französischer Staatspräsident 1969–1974. (Anm. d. Red.)
- 14 Jean-Jacques Servan-Schreiber, Anm. d. Übers.
- 15 Sartre, Wahlen, Idiotenfallen, S. 480–490.

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Frankfurt



Liebe Kommilitonen,

auch im kommenden Jahr treten wir erneut für euch zur Wahl des StuPa an.

Als **bürgerliche Gruppe** stehen wir für eine pragmatische und nah an eurem studentischen Leben ausgerichtete Hochschulpolitik, welche zu **wirklichen Verbesserungen** in eurem universitären Alltag führt.

Ideologisch aufgeladene Debatten lehnen wir ab. Hauptaufgabe der studentischen Vertretung sollte es sein, euch ein gutes und ausgewogenes Studium zu ermöglichen, welches aber selbstverständlich nicht bloß aus Lernen und Prüfungen, sondern auch aus Partys, außercurricularen Veranstaltungen und Initiativen bestehen soll.

Hierfür wollen wir uns einsetzen und **fordern** daher:

- Die **Digitalisierung der AStA-Zeitung**
- Eine **bessere Verwendung studentischer Gelder** (vor allem eine **Senkung der hohen Aufwandsentschädigung** der AStA-Vorstände von **750€/monatlich** und eine Verkleinerung des AStA)
- Die Senkung des **GEZ-Beitrags für Studenten**
- **Günstigeres Kopieren und kostenloses Scannen** an den universitären Geräten
- Das Öffnen der Mensen am Wochenende
- Das Öffnen weiterer Räume zum Lernen (vor allem an den Wochenenden)
- Eine bessere **Unterstützung des Studentenwerks** sowie das **Bauen von mehr studentischen Wohnungen**
- Das **Einführen von Nachschreibterminen** in allen Studiengängen
- Ein **ausgewogeneres Angebot an Partys und studentischen Veranstaltungen**
- Die **Erweiterung des Semestertickets um ICs**
- Die **Repräsentation aller Campus** durch die Studierendenschaft (und die **Aufgabe der Zentrierung** studentischen Lebens **auf den Campus Bockenheim**)

Wir würden uns daher über eure Stimme bei der StuPa-Wahl freuen, um Hochschulpolitik in eurem Sinne machen zu können!

Euer
RCDS Frankfurt

Piraten Hochschulgruppe – Eine Gute Idee™



Wir sind eine kleine Gruppe Freibeuter, die nun zum 5. Mal zu den Wahlen zum Studierendenparlament antritt.

In den vergangenen Jahren haben wir uns stark gemacht für eine Senkung der Mensapreise, die Beibehaltung der Softskillworkshopvielfalt®, für (Mit-) Finanzierungen von Projekten wie der Night of Science durch den AStA und für eine Stärkung der Fachschaften.

Hartnäckig. Dieser Satz kein Verb. Non Sequitur...

Wir versuchen, Probleme zu lokalisieren und zu lösen, insbesondere an den „vergessenen Orten“ der Uni (Bockenheim, Niederrad und was wie sonst noch so vergessen haben). Dabei setzen wir auf konstruktive Diskussionen und Lösungsansätze. Das Wort ist mächtiger als das Schwert! Doch für den Notfall haben wir auch Schwerter. AARRGHH!

Betreffend unserer Parteienbindung ist zu sagen, dass wir die Piratenpartei mit öffentlichen Verkehrsmittel in unter einer Stunde erreichen können. Ähnlichkeiten zu anderen Parteien sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. Wir sind in unserem Handeln unabhängig und stellen die Bekämpfung von studentischen Problemen vor Parteienideologie.

Unsere Aktionen:

3x im Monat mittwochs 18h c. t. Gruppentreffen

1x im Monat (letzter Mittwoch im Monat) 18h c. t. Spieleabend

1x Anfang des Semesters (meist mittwochs) Ersti-/Semesterstart-Grillen

Sowie unregelmäßige Grillen, Filmeabende, Cryptoparties und Diskussionsrunden

Unsere Ziele:

- Transparenz und Kommunikation in der Hochschulpolitik und Gelderverwendung
- Eine bessere Essensversorgung an allen Campi
- Unterstützung studentischer Kultur an allen Campi
- eine bessere Kommunikation zwischen den Fachschaften und dem AStA
- Eine bessere Infrastruktur (sowohl digital als auch analog)
- Datenschutzlücken kommunizieren
- Alles was euch unter den Nägeln brennt.

Eines der wichtigsten Probleme der nächsten Legislatur wird die Problematik der VG Wort sein. Kurz gesagt dürfen ab dem 1.1.2017 keine Quellen von fremden Autoren im Intranet, wie z.B. Olat und so, hochgeladen werden oder anders digital verbreitet werden. Wir fordern deshalb, dass es Studierenden möglich sein muss, deutlich günstiger an der Universität zu drucken, kopieren und zu scannen. Außerdem fordern wir die Universität auf, sich der Problematik langfristig zu stellen und sich über Alternativkonzepte wie Creative-Commons Lizenzen zu bekennen. Wer Leute vertreten will braucht Leute. Deshalb sind wir auf euch angewiesen. Wenn ihr Probleme seht und euch nicht gleich selbst drum kümmern wollt: Wir sind eure Ansprechpartner – Onkel Pirat hört zu!

Wenn ihr Kontakt mit uns aufnehmen wollt:

- Kommt einfach zu unseren Gruppentreffen: mittwochs 18h c. t. in der Studi-Lounge Informatik (Robert Mayer-Straße 11–15).
- Schreibt uns eine Mail: piraten@stud.uni-frankfurt.de

Ihr könnt aber auch auf unserer Homepage mal vorbeischaun:
<https://piratenhsg.wordpress.com/>

Oder uns auf Facebook oder Twitter besuchen:
<https://www.facebook.com/piratenhochschulgruppe.frankfurt>
http://twitter.com/piratenHSG_FFM

(Nach Art. 5 (1) GG sind redaktionelle Änderungen am Wahlprogramm vorbehalten.)

Piraten Hochschulgruppe
...findet es heraus.



Tschunk (ca.500ml):

400 ml Mate
4–8 cl brauner Rum
3 x Scheibe Limette
2 EL Brauner Zucker

Die Limetten auf dem Zucker im Glas zerstoßen. Mit Rum übergießen und mit Mate auffüllen.



Niederrad Jetzt.

Seit 2016 für den Campus
im Studierendenparlament.



Niederrad
Jetzt

Wir selbst verstehen uns als eine parteiunabhängige, demokratische Campus-Liste, die sich aus verschiedenen Semestern und Studiengängenzusammensetzt. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Form von Diskriminierung. Für Rassismus, Sexismus und Antisemitismus ist auf dem Campusgelände kein Platz. Wir unterstützen Vielfalt und Weltoffenheit und stehen für die freie Selbstentfaltung aller Student*innen, beispielsweise durch selbstverwaltete Projekte, wie das KOMM Café, das Lernstudio und Arbeitsgemeinschaften wie MSV und die StuPoli.

Das KOMM.

Mit dem KOMM Café als Anlaufstelle für Student*innen beweisen wir zugleich die Erfolge der letztjährigen Beteiligung an der AStA-Koalition. In diesem Jahr galt es zunächst, das politische Tagesgeschäft des Studierendenparlaments zu erlernen. Unter anderem gelang es uns, durch Verhandlungen die Finanzierung des KOMM Cafés für das KOMMende Jahr zu sichern. Ebenso haben wir eine Projektstelle ausgehandelt, die eine Erweiterung der Öffnungszeiten von KOMM und Café-Betrieb ermöglichen und das Studierendenhaus so für alle Student*innen besser zugänglich macht. Die Nutzung des KOMMs soll ausgeweitet werden und eine räumliche Grundlage für weitere in Zusammenarbeit mit dem AStA schaffen. Mehr Raum für politischen Diskurs, Bar- und Kinoabende, sowie für Flohmärkte und studentische Veranstaltungen kann so geschaffen werden.

Das Lernstudio.

Seit 2001 bietet das Lernstudio Student*innen die Möglichkeit unabhängig vom Curriculum ihre praktischen und theoretischen Fähigkeiten auszuweiten und bietet somit einen Raum für freies Lernen. Klausuren und Phasen erhöhten Lernaufwands richten sich nicht nach Öffnungszeiten und Feiertagen. Daher betrachten wir die Flexibilität studentisch verwalteter Räumlichkeiten, ihre Öffnungszeiten und im Falle des Lernstudios auch das Kursprogramm dem aktuellen Bedarf der Student*innen anzupassen, als besonders wertvoll.

MSV.

Als Projekt der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) e.V. setzt sich „Mit Sicherheit Verliebt“ politisch und religiös unabhängig für die Erhaltung von körperlicher und psychischer Gesundheit sowie die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten ein. Offen stellen sich die Mitglieder der Stigmatisierung und Diskriminierung von HIV-Positiven und LGBT+ entgegen. Für uns steht MSV damit exemplarisch für viele unterstützenswerte Projekte, die am Campus Niederrad beheimatet sind.

StuPoli.

Patient*innen ohne eine Krankenversicherung bleibt der Zugang zu ärztlicher Versorgung verwehrt. Die Studentische Poliklinik möchte diesen Menschen eine kostenfreie medizinische Versorgung ermöglichen.

Bisher nur aus Lehrgeldern und Spenden finanziert, möchten wir uns zukünftig für die Unterstützung der StuPoli durch die gesamte Studierendenschaft über den Campus Niederrad hinaus stark machen.

Medizinische Hauptbibliothek.

Eines der am häufigsten an uns herangetragenen Anliegen betrifft die kurzen Öffnungszeiten unserer Hauptbibliothek sowie deren knappen Ausleihfristen. In der jetzigen Wahlperiode gelang es uns, letztere zu verlängern. In der im Januar anstehenden Kommissionssitzung werden wir nun die Erweiterung der Öffnungszeiten einbringen und sehen gute Chancen diese im kommenden Jahr durchzusetzen. Eine Unterstützung der gesamten Studierendenschaft und ihrer demokratischen Institutionen wird unserem Anliegen auch fachbereichsübergreifend Nachdruck verleihen.

Betriebskantine.

– **Niederräder*innen wissen, wieso.**

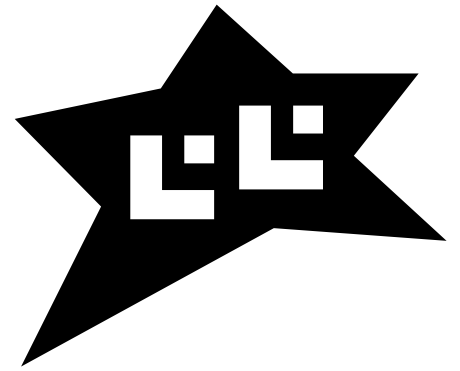
Spaß beiseite, der Campus Niederrad belegte bei einer bundesweiten Befragung durch die bvmd in puncto Verpflegung von Student*innen den letzten Platz. Er verfügt nicht über eine durch das Studentenwerk getragene Mensa, sondern lediglich über die Betriebskantine der Uniklinik Frankfurt, deren Preise sich an der Kaufkraft Berufstätiger orientieren.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir Mediziner zum ersten mal den Posten des stellv. studentischen Mitglieds des Studentenwerks-Beirats besetzt und sind auch darüber hinaus in engen Gespräch mit Präsidium, Dekanat und der Leitung des Studentenwerks dran die Versorgungssituation der Student*innen am Campus zu verbessern.

Trotz unserer Erfolge in der aktuellen Wahlperiode ist der Campus Niederrad weiterhin unterrepräsentiert und vom campusübergreifenden Geschehen weitgehend ausgeschlossen.

Gib uns deshalb Deine Stimme und lass uns an unsere bisherige Arbeit anknüpfen!

Für weitere Investitionen am Campus und mehr Kommunikation und gute Zusammenarbeit zwischen den Campi Bockenheim, Ginnheim, Riedberg, Westend und Niederrad.



Lili Wahlbündnis Linke Liste

Den Pessimismus organisieren - Organisation des Widerspruchs

Die Linke Liste organisiert sich nach dem Prinzip des Dissenses. Die Kritik am Konsensprinzip richtet sich gegen die Vorstellung eines „herrschaftsfreien Diskurses“ und einer Basisdemokratie, welche von ungleichen materiellen und zeitlichen Ressourcen notwendig abstrahieren muss. Wir repräsentieren keine Personengruppe. Wir beanspruchen nicht die Interessenvertretung der kritischen Studierenden an der Hochschule zu sein. Wir gehen davon aus, dass die Verdrängung des Widerspruchs gegenüber den Feinden [sic!] der Emanzipation zum Zwecke der konsensualen Einheit der Bewegung stets das untrügliche Eingeständnis in die bestehenden Verhältnisse ist. Dieser Umstand bemisst sich gerade nicht allein in inhaltlichen Differenzen, sondern anhand der Organisationsform: der Bewegung. Denn die radikale Linke, als radikale, mobilisiert nicht die Masse in der Bewegung, sondern die Masse aus dem Widerspruch gegenüber all den verschiedenen Formen der Unterdrückung, die von je her und nicht zufällig auch in der Arbeiter*innenbewegung ihren Ausdruck gefunden haben.

Für uns gibt es eine Erfahrung des Widerspruchs von Handarbeit und Kopfarbeit: Da dieser Widerspruch *real* und nicht bloß gedacht ist, ist er auch nicht durch Gerede aufzulösen – das ist *eine* Bestimmung dessen, was es für uns bedeutet, von Pessimismus zu sprechen. Aus dieser spezifischen Erfahrung gilt es, uns die Frage danach zu stellen: Was ist unsere Aufgabe gegenüber und in der Arbeiterklasse?

Die Rede von einer Uni, die sich *immer mehr* den Imperativen des Neo-Liberalismus unterwirft, ist irreführend. Vielmehr sollte die Frage danach gestellt werden, inwiefern die Uni jemals *nicht* Bestandteil der universellen Verwertungslogik des Kapitals war. Sie steht nicht *jenseits* der materiellen Produktion. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Organisation des Pessimismus nicht, naiv auf die Vorstellungen humboldt'scher Ideale als Kritik der Verwertungslogik hineinzufallen. Zu verstehen, auf welche Weise diese Ideale selbst jeder wirklichen Aneignung

der Produktionsmittel entgegenstehen, bedeutet allerdings auch, in diesen Idealen ein Versprechen zu erkennen, das seiner Verwirklichung noch entbehrt, solange wir nicht begreifen, dass nur die revolutionäre Aneignung aller Apparate (der Industrie wie des Staates) eine Praxis vorbereitet, in der diese Ideale nicht mehr der Unterdrückung dienen, sondern einer sich befreienden Gesellschaft.

Nur ein Wissen um den spezifischen Standpunkt innerhalb der Produktion und nicht der „symmetrische Diskurs“ kann Ausgangsprunkt radikaler politischer Praxis sein. Verbesserungen der Studienbedingungen durchzusetzen, bedeutet stets auch die Arbeitskraft auf neue Art zu veredeln und sich auf diese Weise um eine Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen verdient zu machen. Uns geht es darum, zu verstehen, wie wir als Studierende und Dozierende in besonderer Weise an der materiellen Produktion teilnehmen. Aus dieser Position ist für das Proletariat und gegen die Arbeiter*innenklasse zu kämpfen.

Der revolutionäre Kampf richtet sich folglich gegen jede Vorstellung von guter und würdevoller Arbeit. Insofern die Arbeiter*innenklasse gerade die lebendige Arbeit im Produktionsprozess ist, welche allein die Selbstverwertung des Werts ermöglicht, muss sich die Klasse zu ihrer Befreiung *selbst* bekämpfen. Dies begreifen wir als die Selbst-Negation der Arbeiter*innenklasse, die wesentlich in drei nicht voneinander abzulösenden Dimensionen besteht: Erstens muss es darum gehen, aus der besonderen Position an der Universität auf eine Negation der Arbeiter*innen in ihren außeruniversitären Produktionszusammenhängen einzuwirken – denn Solidarität bedeutet vor allem, gnadenlos gegenüber jeglicher Form von Ideologie zu sein, mit der sich die Arbeiter*innen von Tag zu Tag selbst betäuben müssen, um ihr Elend zu ertragen. Zweitens muss es darum gehen, uns selbst als Bestandteil der universellen Verwertungslogik zu erkennen und daher uns selbst als Lohnarbeiter*innen zu negieren (samt

unserer Ideale) und drittens sind die materiellen Bedingungen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu negieren. In dieser Hinsicht führt die revolutionäre Partei den feministischen Kampf gegen die „heilige Familie“ samt ihrer Infrastruktur – aus welcher (religiösen) Verblendung sie sich auch immer motivieren mag.

Den Pessimismus zu organisieren wird dort zur unhintergehbaren Frage jeglicher Form von Emanzipation, wo die Geschichte des Klassenbewusstseins auf schmerzliche Weise klar gemacht hat, dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht von sich aus in eine emanzipierte Gesellschaft führt. Nach dem erfolgreichen Selbst-Verrat der Sozialdemokratie, beim Bedienen nationalchauvinistischer Ressentiments der Masse, zu Beginn des letzten Jahrhunderts, aber spätestens seit Auschwitz muss der Pessimismus die Grundlage für jegliche Organisation der radikalen Linken bilden. Folgerichtig kann die Negation der Arbeiter*innenklasse nach '45 nicht in der unbestimmten Zurückweisung dessen bestehen, was in der Französischen Revolution an bürgerlichen Freiheiten und Rechten erkämpft wurde, um an ihre Stelle die (Volks-)Gemeinschaft, Umma, oder identitäre Lebensformen zu setzen. Dagegen kann die bestimmte Negation des tradeunionistischen Bewusstseins allein in der Verwirklichung der Ideale der Französischen Revolution bestehen. Gleichheit ist das Versprechen auf der Rückseite der Wertform – es ist ein Versprechen, das eine „Flaschenpost“ ist, welche wir im revolutionären Kampf verwirklichen müssen. Den Status der universellen Werte der Aufklärung wie der Maschine von ihrer auch repressiven Funktion im Kapitalismus zu *unterscheiden* ist die Arbeit und Form konkreter Ideologiekritik.

Lili Wahlbündnis Linke Liste,
Uni Frankfurt Am Main

Liliffm.blogspot.de

Juso-Hochschulgruppe



Wir, die **Juso-Hochschulgruppe**, sind Studierende aus verschiedenen Fachbereichen, die sich für eine soziale, gerechte, solidarische und nachhaltige Gestaltung der Universität einsetzen.

Wir verstehen uns als linke, kritische und feministische Hochschulgruppe. Sexismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft und auch nicht an unserer Hochschule. Uns liegt dahingehend die Verbesserung der Studienbedingungen und langfristig die Herstellung von Chancengleichheit für alle Studierenden, unabhängig von Herkunft und Hintergrund, besonders am Herzen. Hier haben wir uns auch in den letzten Semestern erfolgreich um die Belange der Studierendenschaft gekümmert, beispielsweise mit der Durchsetzung der Verlängerung der Öffnungszeiten der PEG Bibliothek und dem Bereitstellen weiterer Lernräume in der Prüfungsphase. Eines unserer wichtigsten Projekte war das Kulturticket, durch das jede*r mit einer gültigen GoetheCard kostenlos in alle städtischen Museen gehen kann. Wir verhandeln dieses Semester über eine Ausweitung mit der Schirn, dem Städel und dem Schauspielhaus, sowie Sportvereinen.

Unsere Forderungen sind:

Die **Verlängerung der Mensaöffnungszeiten** so wie eine Testphase der **Abendmensa**, die Schaffung von **mehr studentischen Freiräumen** bzw. Cafés und generell die **Förderung des studentischen Lebens** auf dem Campus **Westend** sowie auf den Campus **Niederrad** und **Riedberg**. Die Realisierung einer **24h Stunden Bibliothek** in den Prüfungsphasen und eine Ausweitung der **Bibliothek Öffnungszeiten am Wochenende** ist uns für das kommende Jahr besonders wichtig. Besonders wichtig ist uns auch, eine Bezahlung für das **Praktische Jahr im Fachbereich Medizin** zu schaffen, sowie eine faire Bezahlung und vertraglich gerechte Anstellung der Hilfskräfte zu erreichen.

Deutlich erkennbar ist der Bedarf der Studierenden nach mehr veganen und vegetarischen Essen in den Mensen. Diesem Bedürfnis wollen wir gerecht werden und werden uns für mehr Vielfalt, sowie für **faire Preise** in der Mensa einsetzen.

Langfristig sehen wir die **Schaffung weiteren studentischen Wohnraums** als absolutes Muss, um Chancengleichheit für alle herzustellen (momentan haben nur 8% der Studierenden in Frankfurt einen Wohnheimplatz, was deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt und unserer Meinung nach einen unhaltbaren Zustand darstellt). Leider kann der AstA nicht selbst Häuser bauen, aber wir werden das Thema ganz oben auf die Agenda setzen und es an jeder Stelle in einem landesweiten Bündnis artikulieren.

Das offenkundige Problem, dass Studierende ihr Studium nicht in Regelstudienzeit absolvieren können, da sie ein Drittel ihrer Zeit mit Arbeiten verbringen, um den hohen Frankfurter Lebenshaltungskosten gerecht zu werden, ist uns bewusst. Deswegen fordern wir die Erweiterung der Regelstudienzeiten (Verlängerung des B.A. von 6 auf 8 Semester!). Insbesondere Bafög-Empfänger*innen stehen unter einem enormen Leistungsdruck. Wir fordern Lernmittelfreiheiten für wissenschaftliches Arbeiten - Wir retten OLAT.

Wir Jusos versuchen alle Campus im Blick zu haben. Sei es der Riedberg, Bockenheim, Niederrad oder der IG-Farben/Westend-Campus: Wir konzentrieren uns nicht auf eine bestimmte Gruppe, sondern haben das Ganze im Blick. Es gibt viel zu tun an unserer Uni - und die Juso-Hochschulgruppe will sich für Euch an die Arbeit machen:

Für Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Solidarität!

Falls wir Euer Interesse geweckt haben: Schaut einfach mal vorbei, wir treffen uns immer Dienstags um 18:30 Uhr im RuW auf dem Campus Westend (Raum 1.127)!

Mit sozialistischen Grüßen

Eure Juso-Hochschulgruppe Sozial, kritisch, gerecht - lässt sich machen
#lassmalmachen





LHG – Deine Interessen im Blick

Liberale Hochschulgruppe (LHG)

Über uns:

Unsere Gruppe setzt sich aus Studierenden der unterschiedlichen Fachbereiche, Semestern und Studiengängen zusammen. Wir wollen die Studienbedingungen verbessern und eine Universität, die in die Fähigkeiten ihrer Studierenden vertraut und ein Studium in Freiheit und Eigenverantwortung zulässt.

Bereits seit Jahren engagieren wir uns und informieren euch regelmäßig auf Facebook und unserer Homepage über unsere Arbeit und Neuigkeiten an der Universität. Wer uns wählt, wird mit uns eine zuverlässige Informationsquelle und Interessenvertretung haben, denn wir legen unsere komplette Arbeit offen und versuchen auf eure Anregungen einzugehen.

Unser Programm:

Wir setzen uns auch weiterhin für Transparenz und effiziente Mittelverwendung ein, aber auch für folgende, weitere Themen:

Multiple Choice Semesterbeitrag: Wir wollen, dass jeder Studierende seinen Semesterbeitrag so gestalten kann, wie er es möchte, so dass es seiner Lebensweise entspricht. Wieso sollten Studierende für Angebote zahlen, die sie sowieso nicht in ihrer Studiumszeit in Anspruch nehmen werden?

Mobilität: Durch das Semesterticket können Bahnfahrer mit der Bahn billiger fahren und die Fahrradfahrer das „Call a Bike“-Angebot benutzen, was wir sehr begrüßen. Jedoch müssen sich die Autofahrer unter uns immer noch mit der mangelhaften Parkplatzsituation auseinandersetzen. Studenten, die mit dem Auto zur Uni fahren müssen, wohnen meistens an Orten, die schlecht am ÖPNV angebunden sind. Auch für diese Studierende muss die Anreise zur Uni erleichtert werden. Daher fordern wir eine Verbesserung der Parkplatzsituation an den Campussen unserer Universität.

Bibliotheken: Gute Bibliotheken sind für ein gutes Studium enorm wichtig. Jedoch entspricht der Service an unserer Universität nicht unseren Vorstellungen.

Daher fordern wir:

- 24-Stunden-Bibliotheken in der Prüfungsphase
- Rückgabeautomaten in Bibliotheken
- bessere Lernplätze
- Ausweitung der Ausleih- und Rückgabezeiten

Neben diesen drei Großthemen, kämpfen wir auch für folgende Themen:

- Längere Öffnungszeiten von Mensen und Cafés
- Öffnung der Campusse für private Anbieter im Bereich der Restaurants
- Abschaffung der Anwesenheitskontrollen
- Digitalisierung der AStA-Zeitung

Wir hoffen, wir konnten dich überzeugen und zählen auf deine Stimme!

Für dein Vertrauen in unsere politische Arbeit bedanken wir uns schon jetzt!

Kontakt:

Um mehr über uns, unsere Arbeit und unsere Themen zu erfahren, besuch uns auf www.lhg-ffm.de oder www.facebook.com/lhg.ffmpeg

Wenn du Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit hast: mitmachen@lhg-ffm.de

DL – Demokratische Linke Liste

radikaldemokratisch – emanzipatorisch – parteiunabhängig

**Demokratische
Linke Liste**

Parlamentarische Hochschulpolitik ist weitgehend witzlos. Die Universität ist ein undemokratischer Laden, das Unipräsidium hat die Vollmachten eines feudalen Königs. Dennoch haben wir Studierenden durch die alljährlichen Wahlen des Studierendenparlaments das Gefühl, bei den zu treffenden Entscheidungen ein Wörtchen mitreden zu dürfen. Viele Hochschulgruppen nutzen diese Situation im Wahlkampf und versprechen das Blaue vom Himmel – zumindest sofern diese Gruppen noch mit Inhalten, statt mit albernen Werbegeschenken oder misslungener Satire auf sich aufmerksam machen. Dabei entsteht der Eindruck, man könne im StuPa beschließen, die GEZ-Gebühr zu senken, ein weiteres Gebäude mit Seminarräumen zu errichten oder die Hesse-Regierung dazu zu bringen, mehr Gelder und Mittel für die Lehre zur Verfügung zu stellen. Das ist natürlich Unsinn; diese Entscheidungen fallen überhaupt nicht in den Zuständigkeitsbereich der studentischen Gremien.

Angesichts der katastrophalen Zustände an der Universität wollen wir jedoch weder in resignierte Tatenlosigkeit, noch in einen möchtegern-elitären Habitus verfallen; dafür gibt es zu viel zu tun!

Wir machen es uns zur Aufgabe, die studentischen Gelder und Infrastrukturen für sinnvolle Projekte zur Verfügung zu stellen und, wo es uns möglich ist, politisch zu intervenieren.

Das erklärte Ziel bleibt dabei selbstredend die allgemeine „menschliche Emanzipation“ (Marx). Da es dafür aber vielleicht düsterer aussieht als jemals zuvor und wir uns keiner Allmachtsphantasie hingeben, bleibt uns zunächst nur Reflexion und Intervention im Rahmen der Möglichkeiten. In folgenden Bereichen haben wir in der Vergangenheit gekämpft und werden das auch weiterhin tun.

Studium und Campus für alle

Wir verurteilen jede Institution und Maßnahme, die dazu führt, dass Menschen Bildung vorenthalten wird. Wir wenden uns gegen jede Form von Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen zu Veranstaltungen, Zugangsbeschränkungen zu

Bibliotheken und gegen alle anderen Einrichtungen, die Menschen davon abhalten, sich mit wissenschaftlichen Inhalten zu beschäftigen – egal ob sie offiziell eingeschrieben sind oder nicht.

Wir wehren uns gegen die Etablierung einer exklusiven Kultur auf einem nach außen und von innen abgeschotteten Campus wie ihn der Hauptsitz der Universität auf dem IG Farben-Gelände darstellt. Durch den Zaun und die Eingangstore wird versucht, Unliebsames abzuhalten: die Architektur, die Schließzeiten der Gebäude und der private Sicherheitsdienst, der den Campus rund um die Uhr (Kamera-)überwacht, verhindern alles, was nicht von Seiten der Uni schon vorgesehen war.

Ein kostenlosen Gasthörer*innen-Status für Geflüchtete konnte bereits erreicht werden. Dieses Angebot soll erhalten und ausgebaut werden. Wir setzen uns selbstverständlich dafür ein, dass Geflüchtete unter guten Bedingungen in Uni-Gebäuden untergebracht werden können.

Wir fordern Barrierefreiheit auf allen Campus und reklamieren allgemein eine Verbesserung der Studienbedingungen für Studierende mit Behinderungen.

Die unter_bau-Initiative zur Gründung einer basisdemokratischen Hochschulgewerkschaft ist ein unterstützenswertes Projekt. Dem Anliegen, die in Leihfirmen beschäftigten Arbeiter*innen direkt an der Uni anzustellen und mit ordentlichen Verträgen auszustatten, schließen wir uns vorbehaltlos an.

Kritisches Denken braucht Zeit und Raum

„Freiräume“, wie das 2013 geräumte Institut für Vergleichende Irrelevanz, das TuCa im PEG, die Campus` Trinkhalle, das Random White House oder das Café Anna Blume tragen nicht nur einen Teil dazu bei, den Uni-Alltag erträglicher zu gestalten, sondern stellen auch Orte für unkommerzielle Kunst, politische Arbeit und selbstständiges Lernen und Diskutieren dar. Da die Uni für derlei Projekte keinen Raum bietet, und sich lieber mit den Federn der „Frankfurter Schule“ schmückt, ist es an uns, Leerstände zu orten und Orte zu stellen.

Was soll die Uni sein?

Für uns muss die Uni etwas anderes sein als eine Institution zu Renditemaximierung und Humankapitalbildung. Der Leitsatz, Wissenschaft müsse unabhängig sein, ist, angesichts der kapitalistischen Gegenwart, hochgradig ideologisch. Die Wissenschaft soll Partei ergreifen! Sie soll im Dienste einer besseren Gesellschaft stehen und verbindliche Kritik äußern. Da wir in dieser Hinsicht vom wissenschaftlichen Tagesgeschäft außer Verdummung und Infantilisierung nicht viel erwarten können, liegt es auch hier an uns, zu handeln. Lesekreise, Buchvorstellungen und Autonome Tutorien unterstützen wir mit Geldern und Räumen. Wir sind für den Erhalt kleiner Institute wie der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, der Musikwissenschaft, der Kunstpädagogik und der Judaistik.

Demokratie an der Uni

Die DL kämpft für mehr Demokratie an der Hochschule und gegen ein autoritäres Präsidialregime. Die Grundlage aller tiefgreifenden Verbesserung wäre die Abschaffung des allumfassenden Vetorechts des Unipräsidioms. Alle beteiligten Gruppen sollen gleichberechtigt über die sie betreffenden Fragen entscheiden. Übergangskonzepte, wie eine viertelparitätische Besetzung in den entscheidenden Gremien, finden unsere Unterstützung.

Gegen den Rechtsruck

Burschenschaften, die AfD und konservativ-religiöse Verbände gehören leider zur universitären Realität. Da Identity-Politics nicht ausreichen, treten wir durch Aufklärungsarbeit und politische Aktionen auch weiterhin konservativen und reaktionären Tendenzen jeglicher Couleur entgegen. Dazu zählen wir jede Form von Rassismus und gender- und sexualitätsspezifischer Diskriminierung. Wir bekämpfen entschlossen jede Form von Antisemitismus, auch wenn er sich als „Israelkritik“ oder Verschwörungstheorie tarnt.

Grüne Hochschulgruppe



grüne

hochschulgruppe
an der uni frankfurt

Seit 1993 treten wir, die Grüne Hochschulgruppe, als größte Fraktion mit sozialen, ökologischen, demokratischen und emanzipatorischen Inhalten für alle Studierenden ein. Wir haben nicht nur kreative Ideen, sondern nutzen die Erfahrung und Kompetenz von Grünen AStA-Referent*innen und -Vorständen, Senator*innen, Fachschaftler*innen und natürlich auch unseren studentischen Vertretern im Studiwerk. Eure Stimme ist wichtig für die Position der Studierenden gegenüber dem Präsidium, der Stadt Frankfurt und der Landesregierung! Wir wollen grüne Hochschulpolitik mit euch und für euch machen!

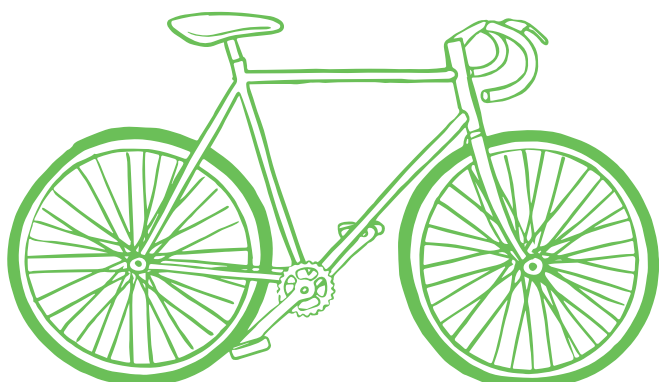
Die AStA Fahrradwerkstatt kommt!

Im Sommersemester 2017 werden wir für Euch eine Fahrradwerkstatt auf dem IG-Farben Campus im Frankfurter Westend eröffnen. Dort könnt Ihr unter Anleitung Euer Fahrrad selbst zusammenschrauben. Das Beste daran: Dieses Angebot ist absolut kostenlos!

Semesterticket und Call-a-Bike ausbauen!

Im AStA haben wir für euch das Call-a-Bike-Projekt eingeführt. Nun wurde der Tarif noch verbessert: Ab 2017 können Studierende 3 Call-a-Bikes für 1 Stunde ausleihen. Zusammen mit der Uni kämpfen wir für Verbesserungen auch bei den Bus- und Bahnlinien: Für eine bessere Anbindung der Campus, schnellere Busverbindungen und einen Fahrplan, der die Kurs- und Semesterzeiten beachtet. Wir arbeiten weiter an der Ausweitung des Semestertickets nach Mannheim, Heidelberg und Aschaffenburg.

<http://ghsgffm.tumblr.com/>
<https://www.facebook.com/ghsgffm>
<https://twitter.com/ghsgffm>



Antisexismus!

Wir setzen uns aktiv gegen jede Form von Sexismus, sexualisierter Diskriminierung, Belästigung und Antifeminismus ein. Wir positionieren uns klar gegen z.B. die sog. Pick-Up Artist-Szene und deren manipulatives, frauen*verachtendes Verhalten und unterstützen jede Form von Schutzräumen und Unterstützungsmaßnahmen der Universität gegen solche Vorfälle. 55% aller Studentinnen* [Fußnote: Der Genderstar berücksichtigt das gesamte Spektrum von Geschlechtern und Identitäten] erfahren sexuelle Belästigung während ihres Studiums. Damit jede*r frei und selbstbestimmt studieren kann, muss die Uni ein Raum frei von Sexismus sein und bleiben.

Studieren am Campus Niederrad!

Wir setzen uns aktiv für eine Verbesserung der Studienbedingungen auch auf dem Campus Niederrad ein. Im Studentenwerk haben wir die Einrichtung der Kaffeebar Alfredo im neuen Audimax erreicht, die seit November 2016 die Studierenden mit Kaffee und Snacks durch den Tag bringt. Aber das reicht uns noch nicht! Wir fordern weiterhin eine Mensa auf dem Campus Niederrad, um gleiche Bedingungen wie auf den anderen Campus zu schaffen.

Wir unterstützen studentisch verwaltete Räume auf dem Campus, wie das Café Komm und das Lernstudio. Ein weiteres Ziel für Niederrad besteht darin, Räume solcher Art zum freien Lernen als Alternative zur Bibliothek zu sichern und zu erweitern.

Sozialticket für alle Studierende!

Darüber hinaus haben wir eine kostenlose Mietrechtsberatung eingeführt. Bei der nächsten Nebenkostenabrechnung habt ihr jetzt bessere Karten, da der gesamte Schriftverkehr kostenlos über professionelle Anwält*innen abgewickelt werden kann. Dieses professionelle Angebot ergänzt die ehrenamtlichen Beratungsangebote zu Arbeitsrecht und BAföG.

Gegen Studiengebühren a.k.a. "Verwaltungskostenbeitrag"

Obwohl die Studiengebühren schon vor Jahren abgeschafft wurden, müssen wir jedes Semester immer noch pauschal 50€ "Verwaltungskostenbeitrag" an das Land Hessen bezahlen. Wir kämpfen für ein kostenloses

Studium, für einen niedrigeren Beitrag an das Studenten[sic!]werk und gegen den Verwaltungskostenbeitrag an das Land Hessen.

Tarifvertrag für Hilfskräfte

Im Tutorium, in der Bibliothek, bei OLAT und am Kopierer: überall arbeiten Studierende für die Uni, um in den Wissenschaftsbetrieb zu gelangen. Sie machen den Unibetrieb, wie wir ihn kennen, erst möglich. Unbezahlte Überstunden, schlechte Arbeitsbedingungen und befristete Verträge gehören für viele Hilfskräfte zur Regel. Deshalb werden wir uns gegenüber dem Präsidium weiterhin für einen Tarifvertrag für Hilfskräfte sowie bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.

Demokratie und Mitbestimmung

Für bessere Studienbedingungen und eine Demokratisierung der Uni setzen wir uns landesweit als Campusgrün Hessen ein. Wir arbeiten im Senat und in den Fachbereichsräten zusammen mit kritischen Dozierenden am Erhalt und Ausbau kritischer Wissenschaften und unterstützen Studierende, die kritische Initiativen, Projekte oder selbstverwaltete Räume organisieren.

Wir wollen, dass in allen Gremien auf Uni- und Fachbereichsebene die Dominanz der Professor*innen zugunsten von gleichen Einflussmöglichkeiten für alle Gruppen ersetzt wird.

Ökologische Hochschule!

Wir setzen uns dafür ein, dass der Energieverbrauch der Uni gesenkt wird. Hier gibt es noch viel zu tun, v.a. was Information und Nutzungsverhalten angeht! Wir fordern die Einrichtung von Stellen für Energiebeauftragte.

Mit der Veranstaltungsreihe zum Thema „Ökologie und Kapitalismus“ stoßen wir einen offenen und kritischen Diskurs zum Thema Klimawandel an. Darüber hinaus schaffen wir mehr Transparenz und unterstützen längerfristig einen Prozess, in dem Tierversuche durch Alternativen ersetzt werden.

Ebenso arbeiten wir in verschiedenen Projekten und Aktionsgruppen zum Thema Food-Sharing mit.

Wahlprogramm der FDH

–Fachschafteninitiative Demokratische Hochschule



Die FDH – Fachschafteninitiative Demokratische Hochschule ist ein politisches Kollektiv bestehend aus Studierenden verschiedener Fachbereiche, die gemeinsam im AStA, dem Studierendenparlament, verschiedenen Fachschaften, sowie in anderen Gremien der Universität für eine demokratische und hierarchiefreie Kultur kämpfen. Zugleich engagieren sich Einzelpersonen der FDH in verschiedenen Initiativen sowohl inner-, als auch außeruniversitär. Menschen aus unserer Gruppe beteiligen sich an diversen Arbeitskreisen und Projekten wie dem Arbeitskreis Kritischer Jurist_innen (AKJ), dem AKRecht, dem Arbeitskreis kritische Psychologie, den kritischen Geograph_innen, der Hochschulgewerkschaft unter_bau, dem Filmprojekt UTV oder dem Pupille-Kino. Daher unterstützen wir erneut die Kandidatur des AKJ am Fachbereich 01.

Zudem engagieren wir uns als Gruppe und Einzelpersonen in anderen Zusammenhängen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Trans*-Phobie, sowie für sinnvollen Umweltschutz an der Uni, aber auch in einem erweiterten gesellschaftlichen Kontext.

Demokratie beinhaltet für uns auch, rechten Strukturen keinen Nährboden zu geben, auch nicht in der Mehrheitsgesellschaft. Daher setzen wir uns beispielsweise aktiv gegen Burschenschaften, Verbindungen, AfD, sonstige rechte Gruppen, sowie PEGIDA und Nazi-Aufmärsche, ein.

Im vergangenen Jahr war die FDH zum fünften Mal in Folge im AStA vertreten. Einzelpersonen der FDH waren in den Referaten für Hochschulpolitik und Kultur sowie darüber hinaus im Ältestenrat tätig.

In den Fachschaften haben wir uns mit den Problemen der einzelnen Fachbereiche beschäftigt und arbeiten gezielt an der Verbesserung der Studienbedingungen.

Dabei ist in diesem Jahr der zunehmende Leistungsdruck eines unserer zentralen Themen. Wir wollen eine Universität in der es möglich ist interessengeleitet zu studieren und nicht durch Prüfungsordnungen gezwungen oder sogenannte Regelstudienzeiten genötigt zu sein, Leistungsscheine zu absolvieren und CPs zu sammeln.

Auch in Zukunft wollen wir gerne unsere Arbeit in verschiedenen Gremien an der Uni fortsetzen und uns für die Belange der Studierenden einsetzen. Unsere Arbeit basiert dabei auf folgenden Themenschwerpunkten:

Leistungsdruck

Das BA/MA-System verunmöglicht ein interessengeleitetes Studium durch stetig steigenden Druck auf Studierende. Zur Jagd nach CPs und Scheinen für ein Studium in möglichst kurzer Zeit, gesellt sich der Druck durch steigende Lebenshaltungskosten. Diese sind gerade in Frankfurt enorm und bezahlbarer Wohnraum für Studierende kaum mehr gegeben. Wir fordern bezahlbaren Wohnraum für eine stetig wachsende Zahl an Studierenden jetzt.

Lohnarbeit ist neben dem Studium für die meisten unabdingbar und BAFÖG an die Regelstudienzeit gebunden, das bedeutet für viele unter prekären Bedingungen zu studieren. Doch wie sollen hierbei noch Anwesenheitslisten unterzeichnet, Referate und Klausuren vorbereitet und Hausarbeiten geschrieben werden, um nicht allzu lang die horrenden Kosten eines Studiums an der Uni Frankfurt tragen zu müssen?

Transparenz und Mitbestimmung

In der Folge daraus treten wir in den Fachbereichen dafür ein, dass Studierende die Inhalte ihres Studiums mitbestimmen dürfen. Dafür ist ein Ausbau der demokratischen Rechte der Fachschaften notwendig. Nur so kann gewährleistet werden, dass kritische Inhalte einen Platz im Studium erhalten.

Dazu gehört für uns Transparenz. Nur wer die Strukturen und Verfahren kennt, kann sich demokratisch beteiligen. Wir möchten die Öffentlichkeitsarbeit der studentischen Vertreter*innen ausbauen.

Diese Transparenz gilt für uns nicht nur für die Studierendenschaft, sondern betrifft alle universitären Gremien. Wir fordern den Abbau von Hierarchien, die Entmachtung des Präsidiums und des Hochschulrats zugunsten eines demokratischen Senats, in dem die Stimme der Studierenden tatsächlich ein Gewicht erhält.

Studentische Kultur

Wir richten uns gegen eine studentische Kultur, von der geglaubt wird, dass sie allein mit der weiteren Einrichtung von Cafeterien des Studentenwerks[sic!] erreicht werden kann.

Gerade die studentischen, selbstorganisierten Cafés stellen eine preiswerte und angenehmere Alternative zu den stetig wachsenden Preisen der offiziellen Anbieter*innen dar. Wir wollen bestehende studentische Cafés stärker fördern und die Gründung neuer tatkräftig unterstützen. Dazu gehört für uns auch, dass es weiterhin selbstverwaltete Cafés wie das TuCa im PEG, das Anna-Blume im I.G.-Farben-Haus, sowie die Trinkhalle am I.G.-Farben-Campus gibt.

Außerdem fordern wir einen adäquaten Raum als Zwischennutzung für das derzeit noch fehlende Studierendenhaus am I.G.-Farben-Campus. In unseren Augen reicht es nicht, dass Mensen nach der Essensausgabe zu Lernräumen umfunktionierte werden. Wir brauchen Räume, die den Studierenden den gesamten Tag als Aufenthalts- und Treffpunkte zur Verfügung stehen.

Dies bedeutet für uns die Schaffung weiterer studentisch selbstverwalteter Räume, sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Uni. Der Campus Niederrad hat mit dem KOMM endlich ein selbstverwaltetes Studierendenhaus erhalten. Am I.G.-Farben Campus ist das Random White House ein erster Schritt, studentischen Freiraum dort einzufordern, wo er für überflüssig erklärt wird. Dennoch fehlen besonders am Rieberg und am I.G.-Farben Campus derzeit studentische Freiräume. Wir fordern hier selbstverwaltete Studierendenhäuser bzw. Zwischennutzungsmöglichkeiten!

Dies stellt jedoch nur einen Teilschritt in der Bekämpfung des allgemeinen Raum Mangels statt, der an jedem Campus dieser Uni vorherrscht. Auch hierfür muss die Unileitung endlich langfristige Planungen und Lösungen präsentieren, denn nur so können Veranstaltungen wieder sinnvoll stattfinden und die Uni wieder studierbar werden!

Die Flexiblen



Ok Folks,
willkommen zur sechsten Staffel unserer Erfolgsserie. Viele Witze haben sich totgelaufen, die meisten Geschichten sind erzählt.¹ Deshalb fordern wir eine Generalamnesie der Studierendenschaft um der grassierenden Ideenlosigkeit entgegen zu wirken. Erste Erfolge konnten wir bereits erzielen, oder erinnert ihr euch noch an das LHG-Wahlprogramm vom letzten Jahr?² Die Suche nach billigen Lachern und Substanz(en) geht derweil bedingungslos weiter, so fordern wir z. B.:

1. Die Drive-thru-Bib mit Drive-by-Rückgabe.
2. Die (un)bedingte Universität.
3. Die komplette Befahrbarkeit des Uni-Campus Riedberg (planieren!).
4. Die zweidimensionale Universität.³
5. Paternoster___innen-Maut für alle Protestanten [sic!].
6. Schaumwein.
7. Weinschaum.
8. Meerschaum(pfeife).
9. Die Legalisierung von OLAT.
10. Den Treppenlift im Hörsaalzentrum.
11. Ruhr-Uni Bochum überholen!
Uni Gießen überwinden!
12. Füllung aller Textzeilen.
13. Füllung aller Textzeilen.
14. Füllung aller Textzeilen.

Auf diese Weise bleiben wir nicht nur serviceorientiert, sondern füllen auch noch Textzeilen. Die Überforderung mit unseren Forderungen fordert. Sie bringt das Erfordernis herfor sich fortwährend der Erschließung neuer Inhalte zu widmen. Eine sehr interessante Wahl steht vor der Tür, wir müssen dem Tiersterben entgegenzutreten (R.I.P. Giraffen!) und werden wieder viel über Medizin(er) [innen] und (deren) Bedürfnisse erfahren (Niederrad. Jetzt!). Wenn der Kampf gegen Krankheit keinen Erfolg bringt und als Resultat mehr Krankheit übrig bleibt, dann wechselt man das Vorgehen. Aus Kampf wird Akzeptanz, was uns eine andere Betrachtungsweise gibt. So scheint es uns im konkreten Fall opportun, den Riedberg in seiner Existenz anzuerkennen und besser verstehen zu lernen. Zu diesem Zweck entsenden wir erfahrene Friedens- und Konflikt- sowie Feldforscher-innen der Ethnologie um das Leben am Berge besser zu verstehen und Eintracht zu befördern, wo jetzt noch Zwietracht herrscht. Denn selbst wenn einem der Teufel begegnen sollte, wäre es doch statthaft, sich mit diesem zu unterhalten und zu eruieren, wie es ihm geht. Dies ist eine Umdrehung der Richtung der allgemeinen Denkweise, hierzu ist absolute innere Überzeugung notwendig, wie sie den meisten Studierenden nicht anerzogen wurde.

„Iss mit Maß und niemals bis zu Sättigung“, war bisher das Motto in den Einrichtungen des Studentenwerks (sick) unserer schönsten Universität. Die Göthe überraschte des Öfteren mit hohen Preisen statt mit Gaumenfreuden (Gemüsefrikadelle im Pi x Gaumen nur 1,60 Euro). Dies wollen wir ändern; den Welthunger an der Universität zu bekämpfen ist unser Ziel, letztlich als nur eine alte Idee, die wir als neue Vision verkaufen um einige Wähler*/_Innenstimmen abzugreifen.

Da Ideenlosigkeit ein Problem ist, dass auch innerhalb der Satire an Gewicht gewinnt (siehe hierzu den Artikel der Konkurrenz⁴), muss es umso mehr das Ziel sein, Schuldige für eigene Fehler und Unzulänglichkeiten zu finden. Hierfür liefert der flexible Nationalismus⁵ als Ideologie der Zukunft Hoffnung. Wer provoziert bekommt Aufmerksamkeit, wer Schuldige liefert, lenkt von eigenen Fehlern ab. Deshalb sind wir bereit populistisch auf all jene einzudreschen, die sich zu diesem Zweck anbieten. Heute sind es noch Erstsemestierende und Rentner⁶, morgen kann es schon die Angehörigen des Fachbereichs 05 (FB 05) treffen. Wenn die Minderheit ein Problem mit der Unterdrückung hat, soll sie doch zur Mehrheit werden. Wenn man's will, dann macht man's einfach; deshalb bleibt unser Ziel auch in diesem Jahr die absolute Mehrheit im Stupidenparlament zu erringen.

Eure Flexiblen

¹ Was macht der Clown im Büro?

² Such loosers.

³ Ein paar Minderheitler?innen unter uns gehen gar so weit, die dreidimensionale zu verlangen. *Buh!*

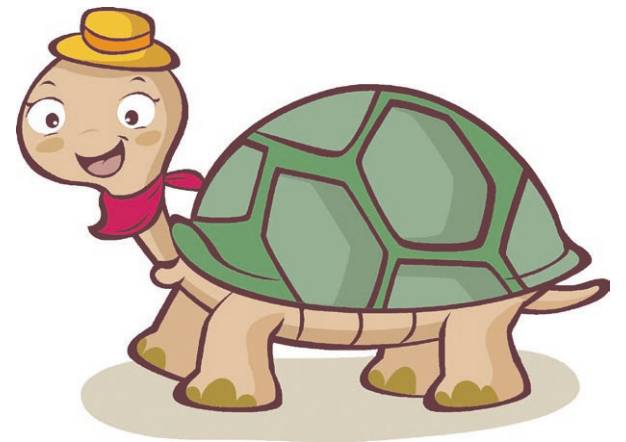
⁴ Gemeint ist natürlich der RCDS.

⁵ Danke an Dr. des. Sebastian Biba für diese Anregung.

⁶ _innen*

Die Schildkröten

Pragmatisch – Sachlich – Kompetent!



Für eine ideologiefreie, unabhängige und serviceorientierte Interessenvertretung!

Für die Umsetzung der Bologna-Ziele in den neuen Studiengängen!

- Persönlichkeitsentwicklung
- Internationale Mobilität
- Flexibilität im Studium

Wer sind DIE SCHILDKRÖTEN?

DIE SCHILDKRÖTEN sind ein unabhängiger Zusammenschluss von Studierenden aus verschiedenen Fachbereichen. Wir engagieren uns für eine studentische Interessenvertretung ohne organisatorische oder strukturelle Abhängigkeiten wie beispielsweise zu einer Partei oder aufgrund von Ideologien. Das macht auch unsere Motivation aus, mit einer unabhängigen Hochschulliste nun schon zum neunten Mal in Folge anzutreten, denn gerade da sehen wir in der studentischen Selbstverwaltung an der Stiftungsuniversität Frankfurt immer noch massive Probleme. Parteipolitik und Karrierestreben innerhalb einer Partei sind bei uns hingegen von vornherein ausgeschlossen, weil auf unserer Liste nur Parteilose antreten. Einige der Studierenden, die auf unserer Liste antreten, sind außerdem in ihren Fachschaften aktiv und in den jeweiligen Fachschaftsräten und Fachbereichsräten vertreten und haben daher auch gute Einblicke in die Probleme und Belange des Studienalltags.

Wofür stehen DIE SCHILDKRÖTEN?

Bei der Hochschulgruppe DIE SCHILDKRÖTEN steht der **Service an den Studierenden** im Vordergrund:

- das Anbieten von Infos und **Studienhilfen**, wie z.B. kostenlose Hausarbeiten- und -Klausurensammlungen, Erstsemesterberatung und -Info, Ausbau des E-Learnings und vieles mehr

- **Evaluation des tatsächlichen Workloads** in allen Bachelor- und Masterstudiengängen durch die Studierenden selbst
- die kostenlose Lehre von **Soft-Skills** durch beispielsweise Präsentations- oder Rhetorik-Seminare bzw. Sprachkurse; dies wird oft von zukünftigen Arbeitgebern vorausgesetzt
- die Verbesserung der **Studienbedingungen**, bessere Ausstattung und längere Öffnungszeiten der Bibliotheken etc.
- den Ausbau der **Campus-Kultur**: mehr Ausstellungen, Konzerte, Ruheräume, Partys, Open-Air-Kino, Live-Übertragungen und natürlich eure Wünsche und Ideen
- die **Professionalisierung** der studentischen Selbstverwaltung und deren Service
- **Transparenz** der studentischen Selbstverwaltung und damit einhergehend Ausbau der Kommunikation mit den Studierenden
- den **Ausbau der studentischen Mitbestimmung** bei der Planung von Studieninhalten bzw. -ordnungen sowie bessere Möglichkeiten zum fächerübergreifenden und -verbindenden Studium (mehr Wahlmodule, „studium generale“, Interdisziplinarität)
- die finanzielle Entlastung der Studierenden durch die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** und mehr **Stipendien** für unsere Studierenden
- die Wiedereinführung des optionalen IC-Tickets im Rahmen des RMV-Semestertickets

Deswegen DIE SCHILDKRÖTEN!

An der Stiftungsuniversität Frankfurt gibt es zahlreiche Hochschulgruppen mit „parteilichter“ Ausrichtung, welche implizieren, die Inhalte der politischen Parteien zu transportieren und vorgeben, im Studierendenparlament würde überuniversitäre Politik betrieben. Dadurch findet eine

Distanzierung von den eigentlichen studentischen Problemen statt, wie z.B. dem enormen Druck im neuen Bachelor/Master-System und damit den Lebenswirklichkeiten vieler Studierender. Doch auch generell mangelt es dem studentischen Selbstverwaltungssystem mit einem jährlich wechselnden AStA an Effizienz. Klüngel und Vetternwirtschaft ist das alles überlagernde Prinzip. Zu einer von uns geforderten Transparenz gehört, zuallererst die Studierenden über freie Jobs genauso wie über aktuelle Entwicklungen an der Hochschule zu informieren. Traditionell werden beispielsweise AStA-Referate nicht nach Fachkompetenz, sondern nach Listenzugehörigkeit und Koalitionsstrategie besetzt, das wollen wir ändern! Hierfür haben wir einen Mailverteiler eingerichtet. In regelmäßigen Abständen werden wir euch zu hochschulpolitischen Themen informieren. Hierzu könnt ihr euch unter folgender Adresse anmelden: Die_schildkroeten_info@dlist.server.uni-frankfurt.de

Aus den genannten Gründen haben wir uns 2008 als neue Liste zu der Hochschulgruppe **DIE SCHILDKRÖTEN** zusammengeschlossen und bieten eine bisher nicht vorhandene Alternative zu den etablierten Hochschulgruppen.

Eure SCHILDKRÖTEN

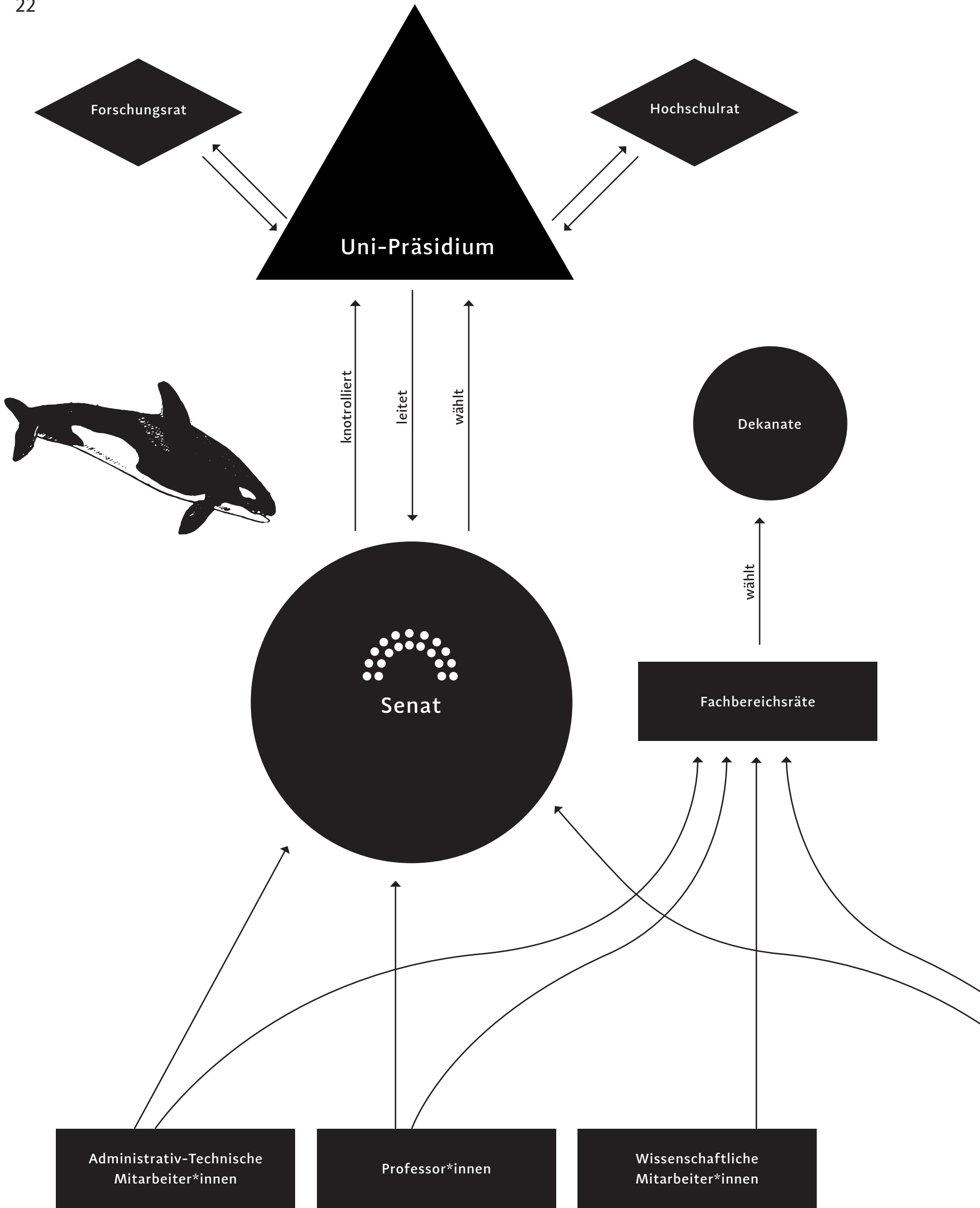
DIESCHILDKROETEN@gmx.net

Studierendenhaus Raum C 117

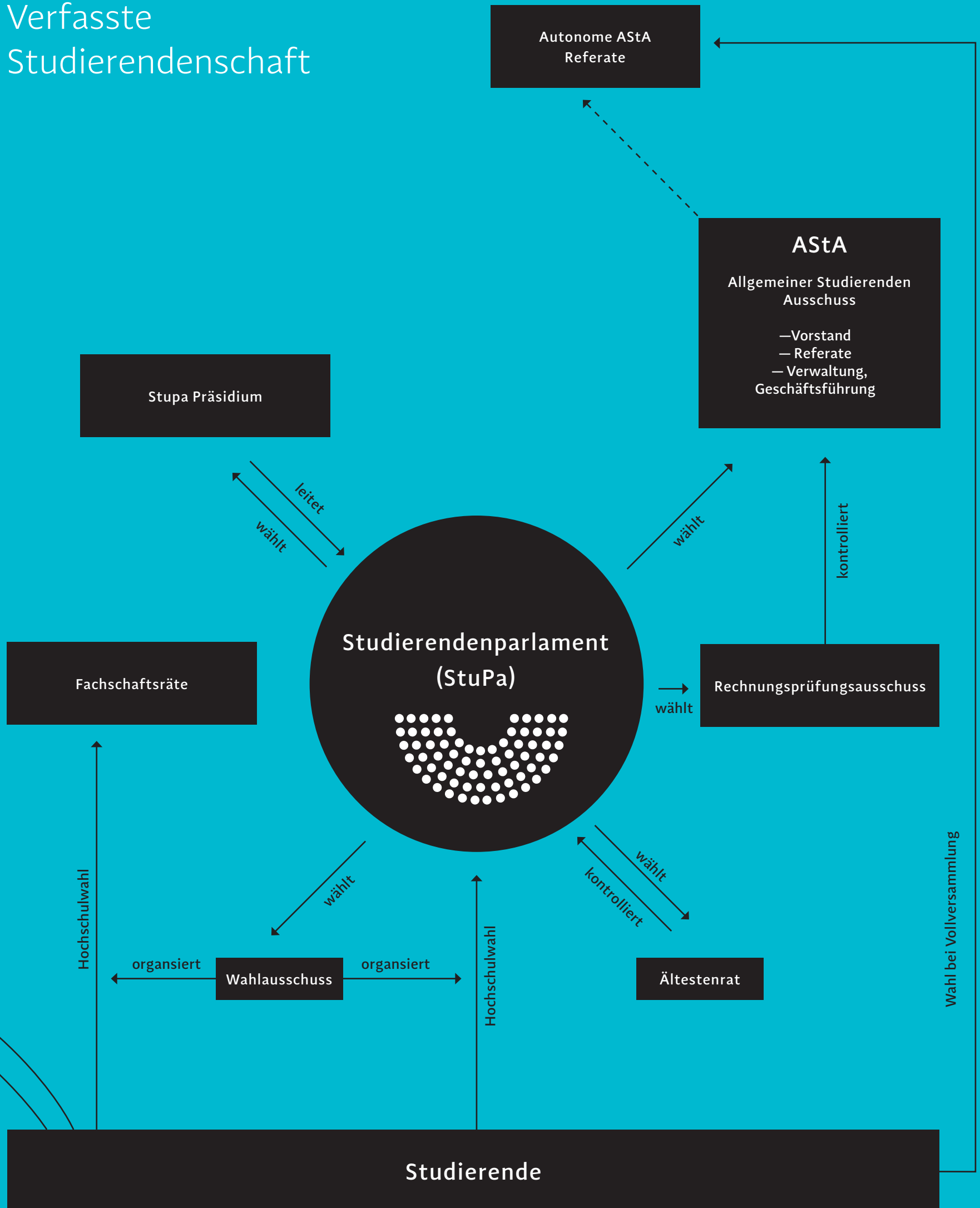
Vielen Dank für eure zahlreichen Stimmen!

Dank euch konnten wir in den letzten Jahren in Opposition und AStA tätig sein. Wir vertreten weiterhin unsere Grundsätze und leisten eine kontinuierliche Arbeit im Studierendenparlament.

Wir möchten auch im nächsten Jahr unsere Arbeit fortsetzen und uns für eure Belange einsetzen.



Verfasste Studierendenschaft



Briefwahlschluss

Donnerstag, 18. Januar 2017, 16 Uhr
(letzte Einwurfmöglichkeit:
Briefkasten Poststelle Bockenheim,
Westend PA-Gebäude Hintereingang,
Postraum Riedberg-Biozentrum)

Urnenwahl

30. Januar. — 02. Februar 2017
jeweils von 9 bis 15 Uhr

